

gesetzt hat, weil – wie Károly Grósz sagte – „ich im Mehrparteiensystem stärker die Möglichkeit sehe, weniger Fehler zu begehen“. Damit hat der Generalsekretär indirekt eingestanden, daß die Ritualisierung des Parteilebens die USAP unfähig gemacht hat, alleine die notwendigen innerparteilichen und gesellschaftlichen Reformen durchzuführen.

Daß es anders als in Polen trotz der desolaten wirtschaftlichen Lage weder jetzt noch in den vergangenen Jahren zu einer massiven Konfrontation mit der Staatsmacht gekommen ist, hat auch Gründe, die im Nationalcharakter dieses Volkes liegen. Zum einen verfügen die Ungarn – ein Erbteil der k.u.k.-Monarchie – über die eigentümliche Fähigkeit, die Lage als „hoffnungslos aber nicht ernst“ zu begreifen, weil man sich immer irgendwie „durchwurschteln“ kann. Zum anderen ist das ungarische Nationalbewußtsein von einem tiefen Pessimismus geprägt, der die Geschichte der Magyaren seit dem Jahre 1526, dem Sieg der Türken bei Mohács, als ununterbrochene Kette von Niederlagen und schicksalhaften Fehlschlägen interpretiert, aber darin auch die Bestätigung findet, ein von Gott auserwähltes Volk zu sein.

## **Viel bewegt – auch viel erreicht?**

### **Frauengeschichte und Frauenbewegung in der Bundesrepublik**

Von Birgit Meyer

In Jubiläumsjahren zeigt sich der Wunsch, die eigene Geschichte – und seien es auch nur die der letzten zwei bis vier Jahrzehnte – als historischen Gegenstand zu beleuchten. Dies gilt auch für die Frauengeschichte. Hier ist dies vielleicht verblüffend, weil selbst distanzierte Beobachter noch nicht von einem post-feministischen Zeitalter sprechen. Im Gegenteil. Wir stecken mitten drin in einer frauenpolitischen Offensive, meinen manche. Ebenso habe Frauenpolitik ihr Ziel so bald nicht erreicht, sich nämlich selbst in einer egalitären Zukunft überflüssig gemacht zu haben. Ein Blick auf die momentan geführten frauenpolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik und auf die wichtigsten Arbeiten aus der Frauenforschung würde wohl eher ein aktuelles frauenpolitisches *Paradox* feststellen, das auf die Deutung einer prominenten Feministin hinausliefe: „Wir haben sehr viel erreicht, aber verändert hat sich wenig.“

Näher erläutert hieße dies, daß sich die Lage von Frauen in den vergangenen 40 Jahren zwar enorm gewandelt hat: von der juristisch entmündigten, ökonomisch ausgebeuteten und politisch instrumentalisierten Frau am Ende der nationalsozialistischen Diktatur sind Frauen heute wahre Lichtjahre entfernt. Und was 1971 mit der Kampagne einiger radikaler Dissidentinnen gegen den § 218 begann, ist inzwischen zu einer unüberblickbaren, von allen politischen Lagern respektierten Einflußgröße geworden. Und doch gibt es nach wie vor unübersehbare Diskriminierungen für Frauen: von der ungleichen Entlohnung und Behandlung auf dem Arbeitsmarkt über Gewaltstrukturen in der Partnerschaft und in der Öffentlichkeit bis zu der Tatsache, daß Armut hierzulande meist immer noch weiblich ist.

Wenn also das genannte Paradox die gesellschaftliche Lage von Frauen Ende der 80er Jahre richtig beschreibt, so ist das, meine ich, Anlaß genug, doch einen historisch-forschenden Blick zurück zu werfen auf Entstehungsbedingungen, Ausgangssituation und Entwicklung von Frauengeschichte und die Anfänge der Frauenbewegung nach 1945/1949.

Gab es so etwas wie eine frauenpolitische Stunde Null? Wie deutet die Frauengeschichtsforschung Frauenleben in der Nachkriegszeit, und welche stereotypen Weiblichkeitsmuster tauchen immer wieder auf? Gibt es Kontinuitäten zwischen den politisch aktiven Frauen der Adenauer-Zeit und heutigen Feministinnen? Gab es eine Politisierung Ende der 60er Jahre *gegen* die „Mütter“? Und was hat die Frauenbewegung heute nun tatsächlich erreicht? Hat sie mehr bewegt als ihre Klientel? Offensichtlich gibt es immer ein Mißverständnis zwischen den Zielen einer sozialen Bewegung und dem Bewußtsein der Betroffenen. Die hier interessierende Frage ist somit, was sich an diesem Mißverhältnis in den vergangenen 40 Jahren für Frauen (und Männer) in der Bundesrepublik durch die Frauenbewegung verändert hat.

#### *Die Ausgangssituation: Frauen nach 1945*

Die katastrophalen Bedingungen in Deutschland nach dem Sieg der Alliierten über die nationalsozialistische Diktatur sind von der traditionellen Historiographie hinlänglich aufgezeigt worden. Das Stichwort „Der schreckliche Friede – Hunger statt Bomben“ vermag einiges von dem zu erfassen, was auch die jüngste Frauengeschichtsforschung betont, nämlich daß in der unmittelbaren Nachkriegszeit Politik und Alltagsbewältigung in einem extremen Maße miteinander verwoben waren, daß spezifische historische Bedingungen eine brutale Ineinssetzung von Alltag und Politik bewirkten, und daß die sonst der Privatsphäre zugeordneten und übersehenen Reproduktionsleistungen von Frauen unmittelbare *Überlebensarbeit* an einer ganzen Nation, einer ganzen Gesellschaft waren<sup>1)</sup>.

1) Dies betont: Anna-Elisabeth Freier, Frauenfragen sind Lebensfragen. Über die naturwüchsige Deckung von Tagespolitik und Frauenpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Dies./Annette Kuhn (Hrsg.), Frauen in der Geschichte Bd. V: „Das Schicksal Deutschlands liegt in der Hand seiner Frauen“ – Frauen in der deutschen Nachkriegsgeschichte, Düsseldorf 1984, S. 18–50.

Der Schwerpunkt aller neueren Dokumentationen, Autobiographien und oral-history-Interviews liegt denn auch theoretisch und empirisch auf dem Nachweis, daß der traditionelle Politikbegriff die Arbeit und das Leben von Frauen nur unzureichend erfaßt hat. Die Frauengeschichtsforschung reklamiert ein umfassenderes Politikverständnis, in dem Produktions- und Reproduktionsarbeit nicht von Politik abgekoppelt werden, sondern das, im Gegenteil, auf die Interdependenz von Reproduktionsleistungen und gesamtgesellschaftlicher Entwicklung hinweist. Ohne die Arbeit von Frauen hätte es keinen Wiederaufbau und später kein „Wirtschaftswunder“ gegeben.

Einige Stichworte zur historischen Ausgangslage mögen zur Veranschaulichung genügen: Bei Kriegsende gab es 7 Millionen mehr Frauen als Männer, fast 4 Millionen waren alleinstehend, 2,5 Millionen Kriegerwitwen mit Kindern. Viele Frauen mußten im Produktionsbereich Männer ersetzen, und sie mußten in der sog. „erweiterten Hausarbeit“ um das Überleben ihrer Familien kämpfen. Hinter diesem schlichten Begriff verbargen sich: Wohnungsnot, Unterernährung, Auszehrung, Krankheiten, chronische Erschöpfung, Kälte, Säuglings- und Kindersterblichkeit, verbargen sich: stundenlanges Anstehen vor Geschäften für zugewiesene Hungerrationen, mühselige Hamsterfahrten, riskante Schwarzmarktgeschäfte, Beackern von Kleingärten zur Selbstversorgung, Schwerstarbeit beim Wegräumen der Schuttberge und Instandsetzen von zertrümmerten Wohnungen, Fabrikanlagen und Verkehrswegen, und nicht zuletzt verbarg sich dahinter die Leistung der psychischen Integration physisch und emotional zerstörter Menschen und Gruppenbeziehungen.

Diese Arbeit von Frauen bleibt „natürliche Ressource“, sie wird als polit-ökonomische Größe überhaupt nicht begriffen. Den Frauen wird gedankt für ihre Wiederaufbauleistungen, mehr nicht. Frauen gelten, was immer sie auch produzieren, nicht als Produzentinnen, sondern primär als Verbraucherinnen. Es waren dieselben Akteure in Politik und Wirtschaft, denen die Verschleierung der Frauen-Arbeit und ihre gleichzeitige Instrumentalisierung für die kapitalistische Rekonstruktion der Westzonen zugute kamen. Und die besondere ideologische Qualität dieser Verschleierung wird dadurch deutlich, daß auch die betroffenen Frauen selbst die gesellschaftlich-ökonomische Bedeutung ihrer Tätigkeit nicht einschätzen und in politische Forderungen umsetzen konnten. Denn das haben sie nur sehr vereinzelt getan.

Es ist sicher ein Verdienst von Historikerinnen, auf den Mut, die Eigenständigkeit und die Verantwortung von Frauen in der Nachkriegszeit hingewiesen zu haben. Allerdings scheint es problematisch, stets verallgemeinernd von *der*, in diesem Fall deutschen, Frau zu sprechen. Frauen waren – wie Männer auch – höchst unterschiedlich von der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes betroffen, abhängig von ihrer sozialen Lage, ihrem Alter, Bildungsgrad, Familienstand und ihrem politischen Engagement. So bleibt die Frage, ob es ein breites, gemeinsames Bewußtsein einer spezifischen Betroffenheit als Frau tatsächlich bereits Ende der 40er Jahre gab und ob dieses in Forderungen an

Gesellschaft, Politik oder Rechtsinstanzen transformiert werden konnte, wie dies von den meisten Verfasserinnen nachträglich gefordert wird. Ich meine nein.

Gerade die Vereinzelung in der Bewältigung der täglichen Not, die Atomisierung der Individuen auch noch nach Kriegsende als Nachwirkung der Vereinzelungstendenzen von totalitären Systemen, wie sie Hannah Arendt klassisch herausgearbeitet hat<sup>2)</sup>, und die Zuordnung der Frauenarbeit zur Privatsphäre statt zum Politischen ließen m. E. eine Kollektivwerdung und ein bewußtes Zusammengehen von Frauen als breite politische Kraft nicht zu.

Die Frage, weshalb gelang die fast bruchlose Rekonstruktion patriarchaler Verhältnisse in Politik, Erwerbsarbeit und in der Familie im Deutschland der 50er Jahre nach einer nur kurzen Phase der Frauenstärke und ihrer öffentlichen Präsenz unmittelbar nach Kriegsende, ist in der feministisch inspirierten Sozialwissenschaft allzu leicht mit der bekannten „Frauen-als-Opfer-These“ beantwortet worden. Und selbst in Studien, wo Frauen als *Subjekte* in ihrer historischen Stärke in den Vordergrund gerückt werden, stimmt ein anderer Widerspruch nachdenklich: Die implizite Empörung über den Frauen-Rückzug aus Berufspositionen, aus dem öffentlichen Raum, als Anfang der 50er Jahre die Männer aus der Gefangenschaft heimkehrten, setzen eine Prämisse voraus, die bei näherer Betrachtung gar nicht mehr gelten kann, nämlich daß es tatsächlich so etwas wie eine gesamtgesellschaftliche „Stunde Null“ gegeben habe, daß tatsächlich für Frauen ein Neuanfang ab 1945 hätte möglich sein können.

Die durch neuere sozial- und wirtschaftsgeschichtliche Forschungen untermauerte Kontinuitätsthese („Es gab keine Stunde Null, es war eine Stunde des improvisierten Wiederaufbaus, der verschämten Reparatur diskreditierter Kontinuität.“ Lutz Niethammer) gilt auch für die Frauengeschichte. Schließlich gab es seit der Kaiserzeit einen breiten gesellschaftlichen Antifeminismus, der die politische Kultur sowohl in Weimar als auch während des Nationalsozialismus bestimmte<sup>3)</sup>. Insofern müßten alle Studien zur Frauengeschichte in der Nachkriegszeit geradezu verblüffend andersherum argumentieren. Statt das Scheitern des frauenpolitischen Aufbruchs nach 1945 zu beklagen und statt das gesellschaftliche Engagement von Frauen in der theoretischen Vorwegnahme seines Scheiterns zu interpretieren, müßte beides zunächst einmal ernst genommen werden. Denn: unmittelbar nach Kriegsende waren frauenpolitische Aktivitäten nicht zu übersehen: Es gab Frauenausschüsse in allen größeren Städten oder Frauenfriedensorganisationen wie die ILFF, oder W.O.M.A.N., bis zum Engagement von Frauen in Parteien, Länder- und Bundesparlamenten. Nach der politischen Sozialisation im Nationalsozialismus, der ja nicht gerade eine Schule für eigenständiges Handeln und kritisches

2) Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Band 3: *Totale Herrschaft*, Frankfurt/M. 1975.

3) Neuester Verweis hierauf von Annette Kuhn, *Feminismus, Frauengeschichte und historische Friedensforschung*, in: B. Moltmann (Hrsg.), *Perspektiven der Friedensforschung*, Baden-Baden 1988.

Denken abgab, war ein politisches Engagement von Frauen wenig selbstverständlich. Durch die Zerschlagung der wichtigsten Organisationen der Arbeiterbewegung und deren Gedankengut, durch die Ermordung gerade der mutigsten und kritischsten Frauen und Männer ihrer Zeit und durch die zynische Instrumentalisierung aller gesellschaftlichen Gruppen ausschließlich für Ziele der Partei hinterließ der Nationalsozialismus ein katastrophales Erbe. Es scheint zwar historisch belegt, daß sich die meisten Frauen in den Westzonen der Restauration eines patriarchalischen und kapitalistischen Systems nicht widersetzen. Aber das haben selbst viel mächtigere, besser organisierte politische Gruppen nicht getan. Im Gegenteil. Zu fragen ist daher nach den *Interessen* von Frauen an der allmählichen (Wieder)-Durchsetzung der sie objektiv und subjektiv unterdrückenden Familien- und Rechtsstrukturen. Gerade wenn man Frauen nicht als Ohnmächtige und passive Erdulderinnen ihres politischen Schicksals ansieht oder als bloß zur Anpassung an männliche Normen Verführte, muß man nach den Schnittstellen suchen, an denen sich wirtschaftliche, politische Interessen mit denen von Frauen berühren. Wichtig ist m.E. in diesem Zusammenhang das spezifische Ineinandergreifen von subjektiven Erwartungen der Frauen selbst – ihre verständliche Sehnsucht nach „Normalität“, d. h. nach dem Ende von Not, Ausbeutung und unmenschlichen Existenzbedingungen – und das Zementieren der strukturellen Benachteiligung von Frauenaarbeit durch die Priorität ökonomischer Rationalität beim Wiederaufbau des westdeutschen Kapitalismus.

Die biologisch-moralischen Argumente, mit denen Frauen aus den „Männerberufen“ wieder verdrängt wurden, verbargen nur mühsam ihr ökonomisches Kalkül. Frauenerwerbstätigkeit wurde als Übergangslösung mißbraucht – und als solche vielfach von Frauen erst ertragen. Wer die Eroberung der angeblich erstrebenswerten Männerdomänen auf dem Arbeitsmarkt der Nachkriegszeit herausstellt und die Rückkehr von Frauen auf den Arbeitsplatz Familie beklagt, vergißt die entwürdigenden Bedingungen auf dem Erwerbsarbeitsmarkt: den minimalen Frauenlohn für Schwerarbeit, zahlreiche Aufstiegsbarrieren, das fehlende Recht auf Aus- und Weiterbildung oder Umschulung und die Arbeitsschutzbestimmungen für Frauen, die die Reproduktionsfähigkeit der erwerbstätigen Frauen sichern halfen und das Fortbestehen des geschlechtsspezifischen Arbeitsmarktes gewährleisten.

Wo die klassische Trennung der Bereiche Politik und Privatsphäre aufgehoben ist und die Folgen einer alles mitreißenden Politik das Private in einem bislang nicht gekannten Ausmaß bedroht, wie in den letzten Kriegsjahren, da erscheint die Sehnsucht nach einem geschützten Raum der Privatheit rational. Allemal tragisch bleibt natürlich, daß den Frauen die Rückkehr zur „Normalität“ bald nur noch in die Welt der Kleinfamilie offenstand, die vielfach das Gegenteil ihrer öffentlichen Anpreisung als „natürliche Idylle“ bedeutete. Die Suche nach Normalität und nach geschützten und bekannten Räumen gab es sicher nicht nur bei Frauen, sondern auch bei Männern nach dem Krieg. Doch für beide Geschlechter bedeuteten sie historisch Verschiedenes: eine Restabi-

lisierung der tradierten Zuständigkeiten für unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche: Haus und Öffentlichkeit.

Ohne die Bedeutung der ökonomischen Restauration und der politischen Anpassung an Ideen und Institutionen der amerikanischen Demokratie zu unterschätzen, möchte ich zu bedenken geben, daß die subjektiven Erwartungen von Frauen bislang eher falsch gedeutet worden sind – stets aus der besserwisserischen Attitüde von politisierten nachgeborenen Töchtern heraus. Frauen wurden m. E. nicht brutal manipuliert und aus lieb gewordenen Berufen bzw. aus der Öffentlichkeit verdrängt. Diese Sicht beruht auf der Opferthese und impliziert eine grobe Unterschätzung weiblicher (Widerstands)potentiale. In dieser Interpretation ist die Herrschaft des Patriachats bereits völlig durchgesetzt und irreversibel, Frauen werden als bloße Opfer wahrgenommen, und die Veränderung gesellschaftlicher Machtverhältnisse scheint unmöglich.

Ob die Generation der Mütter der 68er, also die Zeitgenossinnen der frühen Adenauer-Politik damals ein unbewußtes Emanzipationspotential auslebten<sup>4)</sup> und somit nicht bewußte aber tatkräftige Vorbilder abgaben für eine spätere Radikalität der „Töchter“, oder ob es eher die angepaßten aber unzufriedenen Familienmütter waren, von denen sich die Töchter abgrenzten und daraus die Kraft der politischen Einmischung zogen<sup>5)</sup>: Hinweise gibt es auf beide Möglichkeiten. Wir werden uns nicht entscheiden müssen bei dem nachträglichen Versuch, die Anfänge der Frauenbewegung zu rekonstruieren, d. h. Rationalität und schlüssige Motivstrukturen zu unterstellen beim Entstehen einer sozialen Bewegung und eines kollektiven Subjekts. Wichtig ist mir, daß *beide* Aspekte eines generationsspezifischen Zusammenhanges gesehen werden müssen. Und daß die Anfänge der Neuen Frauenbewegung nicht – oder nur oberflächlich – in dem legendären Tomatenwurf in Richtung SDS-Genossen zu suchen sind.

#### *Die zweite Phase: '68 und die Folgen*

Wie keine andere soziale Bewegung hat die Frauenbewegung in den USA und in Westeuropa sog. private Issues und Probleme des Intimbereichs ins Zentrum ihrer politischen Auseinandersetzung gerückt und als Basis ihres Widerstands genommen. Die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung und die Verfügung über den weiblichen Körper sind seit Beginn der 70er Jahre zentrale Themen in Theorie und Praxis der Frauenbewegung. Ich möchte bis heute vier Phasen unterscheiden<sup>6)</sup>:

4) Sigrid Metz-Göckel spricht von unbewußten Vorleistungen der aktiven Frauengeneration im Krieg: Die zwei (un)geliebten Schwestern. Zum Verhältnis von Frauenbewegung und Frauenforschung im Diskurs der neuen sozialen Bewegungen, in: Ursula Beer (Hrsg.), Klasse Geschlecht. Feministische Gesellschaftsanalyse und Wissenschaftskritik, Bielefeld 1987.

5) So Christel Eckart in: „Widersprüche“, Heft 23/1987.

6) Diese Einteilung ist eher idealtypisch zu verstehen, nicht historisch präzise, wo sie Scheingenauigkeit suggeriert.

## 1. Der Aufbruch

Zunächst ging es um die Thematisierung des weiblichen Körpers als Ort der verlorengegangenen Selbstbestimmung und um die enteignete Sexualität als Angelpunkt und „Fundament männlicher Macht und weiblicher Ohnmacht“<sup>7)</sup>. Gewalt gegen Frauen – ob als Schläge, Vergewaltigung oder im übertragenen Sinne als frauenfeindliches gesellschaftliches Klima – war eines der bewegendsten Themen des Anfangs. Es gelang, gegen massiven Widerstand und gesellschaftliche Ignoranz das Problem der Gewalt gegen Frauen als alltägliche Realität bewußt zu machen. Die Abwehr von Betroffenen war zunächst enorm, galt doch jahrhundertlang Gewalt gegen Frauen als legitim, als selbstverständlich, als Nicht-Gewalt. Daß auch Frauen selbst so dachten und denken, zeigt die spezifische Qualität ihrer Unterdrückung. Dennoch haben mittlerweile Frauenhäuser, Notruf- und Selbsthilfegruppen ein kollektives Unrechtsbewußtsein in der Bevölkerung und ein verändertes Rechtsbewußtsein bei Frauen aber auch bei staatlichen Stellen geschaffen.

Darüber hinaus war das Bestimmende der ersten Phase die sozialistisch inspirierte Kritik an den herrschenden Macht- und Eigentumsverhältnissen des Patriarchats. Mit dem Slogan: „Das Private ist politisch!“ erweiterte die Frauenbewegung den gesellschaftlichen Diskurs um Themen wie Liebe, Sexualität, Hausarbeit, Beziehungsmuster u. ä., die bislang als naturhaft-fixiert oder privat-unberechenbar erschienen<sup>8)</sup>. Dies alles war provozierend, galt doch nach klassisch liberalem Verständnis die Privatsphäre als vor dem Staat zu schützender Intimbereich. Daß dieser Gedanke längst zur Ideologie eines konservativen Status quo geworden war und sich zu Lasten von Frauen und Kindern auswirkte, machte die Frauenbewegung publik. Seit der Entwicklung moderner Industriegesellschaften und wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen sprechen wir von einer Vergesellschaftung des Staates und einer Durchstaatlichung der Gesellschaft. „Geschützt“ werden kann somit nur noch das traditionelle Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen den Geschlechtern und Generationen, das nicht nach außen dringen oder von dort verändert werden darf. Die Frauenbewegung formulierte damit die Problematik des Sozialstaates, der zunehmend in den Privatbereich seiner Bürger und Bürgerinnen interveniert und immer detaillierter das Private regelt durch Arbeitszeitbestimmungen, Bildungspolitik oder Ehe- und Familiengesetzgebung. Zugleich wurden Probleme des Intimbereichs (wie Abtreibung, Ehebruch, Haushaltsführung, Kindesmißhandlung) immer mehr zum Gegenstand des öffentlichen Diskurses. Die Frauenbewegung artikulierte gerade jene politischen Gewaltverhältnisse, die sich durch die neuartige Verschränkung von Öffentlichkeit und Privatheit herausgebildet hatten.

---

7) Alice Schwarzer, *Der „kleine Unterschied“ und seine großen Folgen*, Frankfurt/M. 1975, S. 7.

8) Grundlegend: Gisela Bock/Barbara Duden, *Arbeit aus Liebe, Liebe als Arbeit*, in: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Berlin 1976.

In dieser ersten Phase *des Aufbruchs* forderten Frauen politische Macht als Instrument zur Durchsetzung ihrer Ziele, vor allem damals die Abschaffung des § 218 StGB: „Wir wollen die Macht über Nacht, daß es nur so kracht!“, hieß es auf Frauenfesten, und spontane Aktionen waren an der Tagesordnung.

## 2. Die Kernsolidierung

Mitte der 70er Jahre begann durch den Zustrom von neuen, bislang sich eher als unpolitisch definierenden Frauen die Phase der *Konsolidierung*. In Selbsterfahrungsgruppen nach amerikanischem Vorbild, wo sie genauer consciousness-raising-Gruppen hießen, und in Theorie-Arbeitskreisen wurde eine breite Analyse von Frauendiskriminierung unternommen. Vorläufiges Resultat dieser zahlreichen Diskussionen war eine vehemente Ablehnung von männlichen Prinzipien und Strukturen, die sich exemplarisch an der Ablehnung männlicher Dominanz und Machtverhältnisse ablesen läßt. Statt die Macht des Patriarchats machtvoll stürzen zu wollen, wurde für viele Frauen Macht als solche suspekt und im Zuge der Gewaltablehnung ebenfalls dämonisiert<sup>9)</sup>.

## 3. Projekte einer feministischen Gegenkultur

Von etwa 1977 an begann mit wechselndem Elan in der *Projekte-Phase* der Aufbau einer feministischen Gegenkultur. Konsequenterweise in der Ablehnung „männlicher“ Prinzipien und über die Einforderung von gleichen Rechten hinausgehend, entstand erst hier das sogenannte „Neue“ an der Neuen Frauenbewegung. Zu keiner Zeit vorher und danach wurden Hoffnungen auf Wiedervereinigung und Wiederversöhnung mit den Männern so radikal entgegengetreten<sup>10)</sup>. Wollte die Erste Frauenbewegung um 1900 das „männliche Prinzip“ durch ein „weibliches“ ergänzen, um die Menschheit zu einem höheren Ganzen zu führen, und versuchten die Frauen in der Nachkriegszeit Ende der 40er Jahre sich im männlichen Staat wieder einzurichten, so lehnten die sog. nach-68er Frauen beides ab. Sie wollten keine defizitären Männer sein und ihre angeblichen Mängel ausgleichen, sondern es ging ihnen um eine eigene „weibliche“ Kultur und Politik. Ob es lesbische Frauen, Müttergruppen oder feministische Aussteigerinnen waren, überall gab es eine starke Konzentration auf die eigene Gruppe und Abgrenzungsrituale gegenüber den anderen. Von Männern wurde schon (fast) gar nicht mehr geredet. Dementsprechend klar war die Betonung von Autonomie und die Angst vor Integration in männliche Zusammenhänge. Frauen wollten Räume schaffen, in denen das „männliche Prinzip“ nicht gelte. Dahinter stand die Hoffnung, daß solche Frauen-

9) Ausführlich hierzu: Birgit Meyer, Frauen an die Macht!? Politische Strategien zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Mann und Frau, in: „Aus Politik und Zeitgeschichte“. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Heft B9–10/1987, S. 15–28.

10) Abzulesen etwa an dem Streit zwischen Müttern und Nicht-Müttern, zwischen Lesben und „Heterofrauen“. Vgl. auch: Herrad Schenk, die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland, München 1983.



Räume herrschaftsfrei seien. Viele Hoffnungen aus dieser Zeit sind seither an den Klippen der Erfahrungen aus der Praxis zerschellt. Auch in Frauengruppen gibt es Macht, Hierarchien, Konkurrenz. Die Erkenntnis war hart, daß auch Frauen-Projekte auf die Zusammenarbeit, den Wettstreit mit Männern und die Unterstützung durch Männer angewiesen sind.

„Unsere Probleme fingen mit unseren Erfolgen an“, resümiert Maria Mies 1982 und fordert Frauen auf, ihr gemeinsames „Potential zu einer offensiven gesellschaftlichen Macht und Kraft zu machen, um es gegen die todbringenden Tendenzen der Männerbünde zu richten“<sup>11)</sup>. Sie faßt damit den theoretischen Impuls der Projekte-Phase zusammen. Gleichwohl brachte diese Zeit eine Verbreiterung und Intensivierung sowie eine Professionalisierung der Bewegung.

#### 4. Politische Stärke der Vielfalt

Parallel zu dem Zerschlagen des gesellschaftlichen Wachstums- und Fortschrittsglaubens sowie mit der zunehmenden Kritik am militärischen overkill formulierten Frauen aus der Friedens-, Ökologie- und Bürgerrechtsbewegung gemeinsam mit Feministinnen Anfang der 80er Jahre ein Unbehagen, das nicht durch Verweigerung allein, sondern im Gegenteil durch verstärkte und verändernde Partizipation politisch umgesetzt werden sollte. Insofern nenne ich die vierte Phase, die etwa ab 1983 datiert und bis heute reicht, diejenige der *Herausforderung und Differenzierung*. Wenngleich zwar gegenwärtig Segmente aller vorangegangenen Phasen noch vorzufinden sind, so fällt doch eine qualitative Veränderung auf. Heute sind in zahlreichen kulturellen und ökonomischen Bereichen Projekte und Ideen der Frauenbewegung fest etabliert. Gleichstellungsforderungen haben selbst obere Ränge der politischen Kleinkunstbühne erreicht und verwirrt, und eine kleine, fast schon etablierte Partei verheißt mit quotierten Parteiprogrammen Fortschrittlichkeit. Wir leben in einer Zeit, in der Feministinnen aufgrund drohender Katastrophen wieder mit Männern gemeinsam Politik machen ohne Angst vor vorschneller Versöhnung, und sie sind nicht nur in ihren Buchläden, sondern mittlerweile auch in höheren Ministerialrängen und Gehaltsstufen zu finden. In einer solchen Zeit erscheint die ehemalige Gegenüberstellung von Autonomie *oder* Integration als antiquiert.

Die Frauenbewegung ist längst nicht mehr eine nur von autonomen Frauen. Soziale Breitenwirkung und persönlicher Veränderungswille haben Frauen auch innerhalb von traditionellen Institutionen zu Feministinnen gemacht. Das was die heutige Frauenbewegung gegenüber ihren politisch aktiven Müttern nach 1945 auszeichnet, ist eine Veränderung der politischen Gesamtkultur. Insofern hat sich das oben benannte Mißverhältnis zwischen den Zielen der

11) Zit. n.: Sabine Marx, Der Ort der Politik ist: Hier, überall. Die Zeit der Politik ist: Jetzt, sofort. Aktuelle Thesen zu einem feministischen Politikverständnis, in: „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis“: Unser Staat?, Heft 13/1985.

Bewegung und den Betroffenen heute ganz entscheidend verringert. Die Sensibilitäten gegenüber geschlechtsspezifischen Diskriminierungen sind enorm gestiegen, auch wenn sich dies empirisch noch nicht sogleich meßbar im Verhalten einzelner niederschlägt; die traditionelle Politik hat dazu gelernt, vielfach auch bloß vereinnahmt<sup>12)</sup> oder ihre Gegenstrategien verstärkt<sup>13)</sup>. Dennoch gibt es einen diffusen Machtgewinn der Frauenbewegung und Frauenkultur, der historisch ein neues Phänomen darstellt.

Die Frauenbewegung, die sozial und politisch zu orten oder einzuordnen und öffentlichkeitswirksam zu vermarkten wäre, gibt es nicht, es hat sie nie gegeben. Und ich denke, gerade das ist ihre Kraft und politische Stärke. Es dominiert, wenn man näher hinschaut, zur Zeit eine enorme Vielfalt an Themen und Gruppen, es bestehen zahlreiche Netzwerke, Projekte und Arbeitskreise. Kongresse werden zu den unterschiedlichsten Themen abgehalten, Forschungsprojekte, meist eigenfinanziert, zu den ausgeklügeltsten Fragestellungen unternommen, vielfach unter Ausschluß einer breiteren Öffentlichkeit. Innerhalb der Frauenbewegung sind derzeit auch skeptische Stimmen zu hören. Für Wachsamkeit und Distanz gegenüber patriarchalen Vereinnahmungs- und Annäherungsversuchen wird besonders im autonomen Spektrum plädiert<sup>14)</sup>. Aber auch Parteien- und Gewerkschaftsfrauen werfen die Frage auf, ob mit zunehmender Akzeptanz von Frauenförderung nicht neue Zwänge und Anpassungsforderungen und subtilere Benachteiligungen auf Frauen zukommen könnten. Frauenforscherinnen warnen darüber hinaus vor dem affirmativen Charakter und unkritischen Gebrauch von in emanzipatorischer Absicht entworfenen feministischen Weiblichkeitskonzepten (z. B. weibliches Arbeitsvermögen) durch männliche Wissenschaft, Medien und Politik<sup>15)</sup>.

Trotz dieser Kontroversen innerhalb der Frauenforschung und trotz berechtigter Skepsis von autonomen Frauen gegenüber einem feministischen Professionalisierungstrend herrscht überwiegend Einigkeit in langfristigen Zielen der Bewegung, nämlich die Partizipation an gesellschaftlicher Macht, die „Einmischung“ in ehemals männlich reservierte Domänen, um eine grundlegende Veränderung eben dieser gesellschaftlichen Machtverhältnisse einzuleiten. Dazu ist sicher ein Abschied von den früheren Entweder-oder-Strategien erforderlich, denn Frauen wollen/brauchen beides: das Geld und den Einfluß durch öffentliche oder private Institutionen *und* die Autonomie der eigennützigen Entscheidung in Sachen Frauen<sup>16)</sup>. Und auf der theoretischen Ebene gilt ebenfalls ein neues Paradigma: auf der *Verschiedenheit* der Geschlechter zu

12) Darauf machen die Autorinnen in der neuesten Ausgabe der „Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis“ aufmerksam: Der Kaiserinnen neue Kleider. Feministische Denkbewegungen, Köln 1989.

13) Wie besonders die Aktivitäten zur Verschärfung des § 218 zeigen – Memmingen, Beratungsgesetz u. ä.

14) Steffi Engert, Feminismus in der Mid-Life Crisis, in: „Beiträge“, S. 7–14.

15) Vgl. exemplarisch: Gudrun-Axeli Knapp, Die vergessene Differenz, in: „Feministische Studien“, 1/1988, S. 12–32.

16) Vgl. auch Silvia Kontos, Zum Verhältnis von Autonomie und Partizipation. Die Frauenbewegung im Kontext der neuen sozialen Bewegungen. Beitrag zum Symposium: „70 Jahre Frauenwahlrecht“, Berlin, November 1988.

bestehen, ohne die Forderung nach *Gleichheit* (im politischen, ökonomischen, rechtlichen Diskurs) aufzugeben. Darin besteht die Herausforderung und eben das Schwierige einer feministischen Politik Ende der 80er Jahre.

## **Die neuen Wirklichkeiten und die Linke (III)**

*Die im Dezemberheft 1988 mit den Beiträgen von Peter Glotz und Juri Krassin begonnene Diskussion über die veränderten gesellschaftlichen Handlungsbedingungen und deren politisch-strategische Implikationen setzen wir in diesem Heft fort. Erschienen waren bisher Beiträge von Klaus Dörre („Modernisierungspakt statt Gegenmacht?“; Heft 1/1989), ein Heftschwerpunkt mit Beiträgen aus der Diskussion der englischen Zeitschrift „Marxism Today“ (Robin Murray, „An der Schwelle des postfordistischen Zeitalters?“ sowie Auszüge aus Beiträgen von Stuart Hall und Charlie Leadbeater; Heft 4/1989) sowie ein Beitrag von Peter Bartelheimer, der sich mit dem „Modernisierungskonsens“ und grünen Politikdefiziten auseinandersetzt (Heft 4/1989).*

*Der folgende Beitrag von Klaus Lang, Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Vorstand der IG Metall, entwickelt vor dem Hintergrund der gewerkschaftlichen Zukunftsdiskussion und mit Bezug auf die im April 1989 vorgelegten „Leitlinien der IG Metall zur gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Reform. – Die andere Zukunft: Solidarität und Freiheit“ die Perspektiven einer beweglichen Gewerkschaftspolitik. Wolfgang Kowalsky schließt mit Nachfragen zum modernisierungspolitischen Diskurs der Linken an. Weitere Beiträge sind in Vorbereitung. D. Red.*